

# Anzeigepflichtverletzung bei Versicherungsvertrag

**«Ich habe vor zwei Jahren eine Lebensversicherung, welche unter anderem Erwerbseinkommen bei Arbeitsunfähigkeit abgedeckt, abgeschlossen. Vor 10 Tagen habe ich meiner Versicherung meine aktuelle Arbeitsunfähigkeit aufgrund einer rezidivierenden depressiven Störung angezeigt. Die Versicherung hat in der Folge meine medizinischen Akten eingeholt und den Versicherungsvertrag nach Erhalt der Medizinalakten – aufgrund einer angeblichen Anzeigepflichtverletzung – umgehend gekündigt. Der Versicherungsagentin, welche mit mir damals den Gesundheitsfragebogen ausgefüllt hatte, habe ich sämtliche Vorerkrankungen – auch meine früheren depressiven Phasen! – mitgeteilt. Wie schätzen Sie die Situation ein?»**

Wer den Antrag auf Abschluss eines Versicherungsvertrags stellt, hat dem Versicherer – meist in Form eines Fragebogens – alle für die Beurteilung der Gefahr erheblichen Tatsachen, welche ihm beim Vertragsabschluss bekannt sind oder bekannt sein müssen, schriftlich mitzuteilen.

Erheblich sind diejenigen Gefahrstatsachen, die geeignet sind, auf den Entschluss des Versicherers, den Vertrag überhaupt oder zu den vereinbarten Bedingungen abzuschliessen, einen Einfluss auszuüben. Die Gefahrstatsachen, auf welche die schriftlichen Fragen des Versicherers in bestimmter, unzweideutiger Fassung gerichtet sind, werden von Gesetzes wegen als erheblich vermutet.

Hat der Anzeigepflichtige beim Abschluss der Versicherung eine erhebliche Gefahrstatsache, die er kannte oder kennen musste und über die er schriftlich befragt worden ist, unrichtig mitgeteilt oder verschwiegen, so ist

der Versicherer berechtigt, den Vertrag innert 4 Wochen nach Kenntnis der Anzeigepflichtverletzung durch schriftliche Erklärung zu kündigen.

Macht der Versicherer vom Kündigungsrecht Gebrauch, erlischt auch die Leistungspflicht des Versicherers für bereits eingetretene Schäden, deren Eintritt oder Umfang durch die nicht oder unrichtig angezeigte erhebliche Gefahrstatsache beeinflusst worden ist. Soweit die Leistungspflicht schon erfüllt wurde, hat der Versicherer sogar Anspruch auf Rückerstattung.

Das Bundesgericht hat kürzlich entschieden, dass eine depressive Phase ein Risikofaktor für eine weitere Depression darstellt. Folglich hätten die früheren depressiven Phasen auf dem Gesundheitsfragebogen zwingend angegeben werden müssen. Da die Deklaration unterblieben ist, hat der Versicherer die Kündigung rechtmässig ausgesprochen und muss in Bezug auf die Arbeits-

unfähigkeit auch keine Leistungen erbringen.

Unerheblich ist dabei, dass die Versicherungsagentin nicht sämtliche Aussagen des Anzeigepflichtigen auf den Fragebogen übertragen haben soll. Die antragstellende Person hat mit ihrer Unterschrift die Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben auf dem Fragebogen bezeugt.



**Rahel Lehmann,  
Rechtsanwältin und  
Notarin**

**Küng Rechtsanwälte &  
Notare AG, Gossau SG  
Haldenstrasse 10,  
9200 Gossau**

[www.kuenglaw-sg.ch](http://www.kuenglaw-sg.ch)

7. Oktober 2021  
Rahel Lehmann